

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe des Tagesblattes am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20 M., durch unsere Vertreter gegen Einzahlung in der Stadt monatlich 20 M., auf dem Lande 22 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 60 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interimspreis 20 M. für die 6 spaltenige Kopfzeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltig Kopfzeile 20 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur bei Bedarf) die 2 spaltige Kopfzeile 20 M. Nachweisungs-Geld 10 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck entspricht, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 67.

Dienstag / Mittwoch 12. / 13. Juni 1923.

Amtlicher Teil.

Höchstpreise für Milch- und Milcherzeugnisse.

Das Wirtschaftsministerium hat unter dem 4. Juni 1923 für in Sachsen gewonnene Milch und Milcherzeugnisse folgende Erzeugerhöchstpreise bei Abgabe an Wiederverkäufer festgesetzt:

A. Für Milch

a) für das Liter Vollmilch 580 Mark, b) für das Liter Magermilch 290 Mark.

B. Für Butter und Speisequark mit höchstens 75% Wassergehalt

I. Für Kuhhalter ab Gehöft

a) Butter für das Pfund 6700 Mark, b) Speisequark für das Pfund 730 Mark.

II. Für gewerbliche Molkereien ab Molkerei

a) Butter für das Pfund 7830 Mark, b) Speisequark für das Pfund 870 Mark.

Auf Grund dieser Verordnung werden für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Rossen und Lommatzsch (ausgenommen also die Stadt Wilsdruff) unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 17. April 1923 mit Wirkung vom 10. Juni 1923 ab nach Gehöft der Preisprüfungsstellen für den Kleinhandel folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) für Vollmilch 630 Mark je Liter beim Erzeuger ab Gehöft (Verklärungspreis) 750 Mark je Liter beim Kleinhändler, beim Verkauf ab Wagen und in den Verkaufsstellen der Molkereien.

b) für Butter 7200 Mark je Pfund beim Erzeuger ab Gehöft, bei Ausgabe an Verbraucher, 8800 Mark je Pfund ab Molkerei oder deren Verkaufsstellen, 8000 Mark je Pfund beim Kleinhändler für Landbutter, 8800 Mark je Pfund beim Kleinhändler für von sächsischen Molkereien bezogene, mit deren Namen ausgeschlagene Butter.

c) Speisequark 780 Mark je Pfund beim Erzeuger ab Gehöft, 960 Mark je Pfund beim Kleinhändler oder in den Verkaufsstellen der Molkereien.

Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 — Reichsgesetzblatt Seite 516 — mit Nachträgen und verstehen sich einschließlich der Umsatzsteuer.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Meißen, Rossen und Lommatzsch, den 8. Juni 1923.

Z. H. 66.

Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Rossen und Lommatzsch.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsminister Dr. Cuno hielt auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Münster eine bedeutsame politische Rede.

* In Obersachsen streiken gegenwärtig etwa 60 000 Arbeiter in 32 Großbetrieben.

* Die englische Presse nimmt gegenüber der französischen Forderung nach Beendigung des passiven Widerstandes eine ablehnende Haltung ein.

* Mussolini erklärte sich im römischen Senat energisch gegen die Bestrebungen jedweder europäischen Macht nach einer Botschaft auf dem Kontinent.

* An der Berliner Sonnabendbörse erreichte der Dollar vorübergehend einen Stand von 90 000 und schwächte sich dann wieder auf etwa 85 000 ab.

Die Goldmark.

Aber das augenblicklich viel erörterte Problem der Rückkehr zu einer Goldwährung und zu der Forderung nach „Goldböhen“ wird uns von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter geschrieben:

Im Reichstage ist einmal in Kluge, also einfach und selbstverständliches Wort gesprochen worden, ein so selbstverständliches, daß man gar nicht darauf achtet oder es mißachtet: „Die deutsche Wirtschaft ist das Uhrwerk und die Währung ist nur der Zeiger daran.“

Wir reden von der Notwendigkeit der Marktstabilisierung, die Entente redet täglich davon, sogar manche ausländischen Finanzleute verlangen von Deutschland, daß es „zunächst“ seine Währung stabilisiere. Ein eigener Untersuchungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich schon seit Tagen in vielstündigen Sitzungen damit, zu prüfen, warum die Markfluktuation der Regierung, die im Januar eingeleitet wurde und fast drei Monate hindurch von Erfolg gekrönt war, schließlich doch zusammenbrach, und wer an dem ganzen Unglück schuldig sei. Das Zeigermännchen von allem, was gesagt wurde, ist wohl von dem Reichsbankpräsidenten Havenstein mitgeteilt worden: „Wir hatten gar nicht gedacht, daß wir mit den Mitteln, die zur Verfügung standen, drei Monate würden aushalten können.“

Man hatte sich nämlich — auch das wurde offen zugegeben — nicht auf eine vielmonatige Dauer dieser Kriegsmassnahmen eingestellt, und als der Dampf schwach wurde, durchbrachen ihn die Fluten wirtschaftlicher Notwendigkeiten an vielen Stellen zugleich, und die Sturmflut der Dollarhauffe ergoß sich über das Land. Ob dabei noch gewisse Kräfte mitgeholfen haben, die Dammrisse zu erweitern, wird von der einen Seite behauptet, von der andern bestritten — feststellen läßt es sich nicht. Feststellen läßt sich ja nicht einmal, welches der Wert der gegenwärtigen deutschen Produktion überhaupt ist. Zweifellos ist aber die Annahme, sie betrage etwa 22 bis 23 Goldmarkmiliarden, viel zu hoch gegriffen; denn vor dem Kriege beziffern sie die größten Optimisten mit 30 bis 35 Milliarden Goldmark.

Dazu benötigt man allein schon ein Betriebskapital von etwa 3 Milliarden Goldmark; und da wir infolge des Versailler Friedens ein Rohstoffe importierendes Land geworden sind, 60, 70, ja 80 % unserer Produktion Weiterverarbeitung fremder Rohstoffe ist, so ist der Devisenbedarf der deutschen Industrie mindestens mit 1½ Milliarden

Goldmark anzusetzen. Bei der engen Verflechtung unseres Wirtschaftslebens mit den Verhältnissen auf dem Weltmarkt kann die deutsche Industrie schon längst nicht mehr auf Grund deutscher Papiermarkwährung kalkulieren, sondern ist bekanntlich fast in allen Zweigen zur Dollar-, Pfund- oder Guldenkalkulation übergegangen.

Im Untersuchungsausschuß hat Havenstein diese Entwicklung zur Goldrechnung beklagt, will sie auch nicht fördern, sieht aber kein Mittel, ihr entgegenzuarbeiten. In dem Bestreben, das Währungsrisiko zu vermindern oder zu beseitigen — das übrigens nicht nur zu großen Gewinnen, sondern vielfach auch zu großen Verlusten führte, vor allem aber in den Verkehren zwischen Produzenten und Abnehmer ständige und ausgedehnte Unruhe hineinbrachte — haben die Produzenten nichts weiter getan, als daß sie nun dieses Währungsrisiko auf den Abnehmer abwälzen. Das sind zweifellos die schwächeren Schichten, die sich wieder dadurch zu helfen suchen, daß sie jede befürchtete Markbauffe durch Preissteigerung vorwegnehmen.

Weiter aber hat die Goldrechnung nun Kreise auch in das Gebiet der Entlohnung hinübergezogen und — worauf Havenstein warnend hinwies — die Gefahr verursacht, daß nun alle Preise und Löhne nach Gold berechnet — etwa nach dem Dollarstand —, daß aber ein Sinken der Preise mit einer Dollarbauffe eintreten würde. Zu nahe liegt es, daß der Arbeiter in einem Betriebe, der selbst nur auf Goldfuß kalkuliert, seinerseits nun die Folgerungen daraus zieht und Goldlohn — in geltender Währung, also Papiermark, ausgezahlt — verlangen wird. Etwa Vorkriegslohn. Über darüber hinaus, da man bekanntlich einen Goldentwertungsfaktor von etwa 60 % einsehen muß. Durchschnittlich ist nämlich auf dem Weltmarkt die Ware um diesen Prozentsatz teurer geworden. Das würde Stundenlöhne von heute etwa 25 000 Papiermark ergeben. Würde eine solche Goldentlohnung praktisch durchgeführt werden, so würde eine Katastrophe von ganz unvorstellbaren Folgen sich ereignen. Denn es gibt zahlreiche wirtschaftliche Krisenzen, die bei der Einführung einer solchen „Parallelwährung“ sofort in Lumpenproletariat herabsinken müßten. Sie, auf denen die Währungsrisiko schließlich sitzen, die die Papierwährung brauchen, wären demselben Schicksal verfallen, wie es dem gewerblichen Mittelstand in Rußland widerfahren ist; dort ist ja dieses Experiment der Doppelwährung durchgeführt worden. Der Mittelstand wird vernichtet. Nur die Produzenten bleiben, die in Warentauschverkehr miteinander treten. Die Staatswährung ist einfach nicht mehr vorhanden, und wenn ein Rubelschein von 1 Million zur Erde fällt, blickt sich niemand danach. Plötzliche Entschlüsse, einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet der Währungspolitik, wie es die mancherorts angestrebte Goldentlohnung bedeuten würde, müssen zu Katastrophen führen. Weil man eben an dem „Zeiger“ herumdoktert und der Inflation, überhaupt der Entwicklung auf diesem Gebiet keine Parallelentwicklung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Produktion, also Produktionssteigerung entspricht. Das wird dabei immer vergessen, ja aber das Entscheidende. Denn beim Goldlohn ist zu berücksichtigen, daß nicht nur die deutsche Gesamtproduktion zurückgegangen, daß der Wert des Goldes gesunken ist, sondern daß vor allem auch der Effekt der Einzelproduktion nur noch 40 bis 60 % der Vorkriegszeit darstellt.

Woh einmal: keine theoretisch ausgeklügelten Experimente, sondern ruhige Entwicklung! Die Wirtschaft folgt ihren eigenen Gesetzen, die bisher noch niemand ungestraft verletzen durfte.

Um den passiven Widerstand.

Bernünftige Stimmen aus England.

Während die Franzosen sich nach wie vor auf den Grundjah versteifen, daß vor der Beendigung des passiven Widerstandes von Verhandlungen mit Deutschland keine Rede sein könne, findet diese Frage in England eine viel vernünftiger Beurteilung. So sagen die „Times“:

Wenn die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufgeben könne, welchen Vorteil werde dies Frankreich und Belgien bringen? Angenommen, die hartnäckigen westfälischen Bergarbeiter verharren im Widerstand, was sei tatsächlich passiver Widerstand, und wie solle er beendet werden? Würde Frankreich sich bereit erklären, nachdem einmal der Reparationsvertrag festgesetzt sei, sich zurückzuziehen? Sei Frankreich bereit, irgend eine endgültige Regelung der Reparationen anzunehmen, wenn sie nicht zugleich von einer Regelung der Frage der Sicherheiten und der Frage des linken Rheinuferes begleitet sei?

Die „Times“ fahren fort, es sei Aufgabe der britischen Regierung, einen festen Grund zu finden, von dem aus man sich dieser Menge von Schwierigkeiten nähern könne.

Dieser Grund könne gefunden werden in der endgültigen Festsetzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und in dem Versuch, den Betrag und die Zahlungsmethoden zu regeln. Die deutsche Note beschränke sich auf diese eine Frage, und ihre Bedingungen seien derartig, daß die britische Regierung sie nicht ablehnen dürfe.

In ähnlichem Sinne schreibt der Finanzmitarbeiter der „Times“, die deutsche Note habe einen ausgesprochen günstigen Eindruck auf die City gemacht, man sei der Ansicht, Deutschland habe alles wirtschaftlich Mögliche getan, und man habe das instinktive Gefühl, was auch immer die unmittelbare Folge des Dokuments sei, daß es zu einer Art von Regelung führen werde.

Die französische Forderung, die deutsche Regierung solle die Einstellung des passiven Widerstandes befehlen, werde für vollkommen undurchführbar angesehen. Selbst wenn die deutsche Regierung einen Befehl veröffentlichen sollte, der passive Widerstand müsse aufhören, glaube man nicht, daß dies die Haltung der Ruhrbevölkerung beeinflussen werde.

Es werde gehofft, daß die britische Regierung imstande sei, die durch das deutsche Angebot geschaffene Lage zu benutzen und eine Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage zustandezubringen. In einschneidenden Kreisen werde erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion erwogen werden müsse, da sie wenigstens die Mittel bieten werde, um eine völlige deutsche Wirtschaftskatastrophe zu verhindern.

Ein Wink Mussolinis.

Keine Vorherrschaft anderer Staaten.

Von den Adressaten der deutschen Ergänzungsnote hat der italienische Ministerpräsident Mussolini als erster offiziell das Wort dazu genommen und dabei einen recht deutlichen Wink nach Frankreich gegeben. Bei einer großen Rede im römischen Senat über die gesamtpolitische Lage